

Meine Partei, mein Kandidat, meine Stimme

Wie Wähler über Vertrauen und Kompetenz in der Politik urteilen

Bernhard Weßels, Heiko Giebler und Aiko Wagner

Summary: Trust and the attribution of competence are closely linked when voters judge politicians. Partisan bias still plays an important role when deciding on candidates' trustworthiness, as indicated by an analysis of the Bundestag elections since 1998. Three-fourths of Christian Democrats and Social Democrats respectively attribute problem-solving competence to the candidate of their own party, and a solid majority also trusts these party candidates. Overall, the level of trust has not diminished since 1998.

Kurzgefasst: Vertrauen und Kompetenzzuschreibung hängen eng zusammen, wenn Wähler Politiker beurteilen. Eine wichtige Rolle spielt noch immer die Parteineigung. Sie entscheidet darüber, ob Wähler einen Politiker für vertrauenswürdig und kompetent halten. Das belegen Wahlstudien für die Bundestagswahlen seit 1998. Drei Viertel der Anhänger von Union und SPD sprachen jeweils den Kanzlerkandidaten ihrer Partei die Kompetenz zu, Probleme zu lösen, die große Mehrheit vertraute ihnen auch. Insgesamt sind diese Werte seit 1998 nicht gesunken. Vertrauensvorschuss und Kompetenz bleiben wichtige Ressourcen im Kampf um Wählerstimmen.

Vertrauen ist für das reibungslose Funktionieren und die Legitimation unseres politischen Systems unentbehrlich. In letzter Zeit wurde viel über den Verlust von Vertrauen in Politiker berichtet, befeuert durch die Debatte um den zurückgetretenen Bundespräsidenten Christian Wulff. Die Diskussion hat gezeigt, dass bei der Beurteilung von Politikern zwei Aspekte eine wichtige Rolle spielen: ihre Vertrauenswürdigkeit und ihre Kompetenz. Während die einen den Vertrauensverlust betonen, wurde dieser lange Zeit von anderen mit dem Hinweis auf die gute Arbeit von Christian Wulff relativiert.

Wie verhalten sich Vertrauen und Kompetenz in der Politik zueinander? Dass Kompetenz in der Politik wichtig ist, leuchtet auf Anhieb ein. Immerhin soll die Arbeit gut gemacht werden. Warum aber ist Vertrauen so entscheidend? Vertrauen in politische Institutionen und ihre Akteure ist Kennzeichen der Legitimität eines politischen Systems. Vertrauen ist in diesem Sinne eine Ressource der Politik; es ist nicht weniger als ein Vorschuss auf die Zukunft. Er beruht auf der Erwartung, dass Politiker anständig arbeiten werden. Unter dieser Prämisse funktionieren auch Wahlen: Den Wahlgewinnern wird von den Bürgern ein Generalmandat verliehen, ohne dass damit jede zukünftige Entscheidung notwendig Zustimmung finden muss. Ohne diesen Vertrauensvorschuss unterläge Politik kurzfristigen Bewertungen, und es gäbe für die politische Arbeit weder zeitliche noch inhaltliche Spielräume. Diese sind wiederum wichtig, damit Politiker durch gute Leistungen beweisen können, dass das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt ist. Hier nun kommt die Kompetenz politischer Akteure ins Spiel. Vertrauen und Kompetenzvermutung bilden also ein zentrales Paar bei der Bewertung von Politikern und Parteien durch die Wähler.

Interessant ist in diesem Zusammenhang nun die Frage, inwiefern die Wähler den Spitzenkandidaten für das Amt des Bundeskanzlers Vertrauen und Kompetenz zusprechen. Immerhin bewerben sich diese darum, die politischen Geschicke der Bundesrepublik für eine Legislaturperiode zu lenken. Die Frage ist nicht so gradlinig zu beantworten, wie vielleicht vermutet. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass Politiker immer auch parteiliche Akteure sind. Sie stehen für eine Partei und deren politisches Programm. Entsprechend urteilen die Bürger über Politiker auch nicht in erster Linie nach der Institution und institutionellen Rolle, die sie gegebenenfalls einnehmen werden. Vertrauen wird also nicht der Institution Bundeskanzler, sondern der Person zugesprochen, die wiederum für eine Partei steht. Wähler beurteilen Kanzlerkandidaten daher entsprechend ihrer persönlichen Parteineigung. Das gilt sowohl für die fachliche Kompetenz als auch für das Vertrauen.

Besonders die fachliche Kompetenz eines Politikers wird nach den eigenen politischen Vorstellungen der Wähler unterschiedlich beurteilt. So wird ein Bürger, der überzeugt ist, die Eurokrise sei nur mit der Einführung von Eurobonds zu überwinden, kaum jemanden für kompetent halten, der meint, die Einführung würde dem Euro eher schaden. Daraus muss nicht zwangsläufig folgen, dass dem Politiker nicht getraut wird. Da aber Vertrauen in der Politik auf der Annahme beruht, dass zukünftiges Handeln den Erwartungen des Vertrauensschenkenden entspricht, ist Vertrauen genauso wie die Einschätzung der fachlichen Kompetenz vom Standpunkt des Betrachters abhängig.

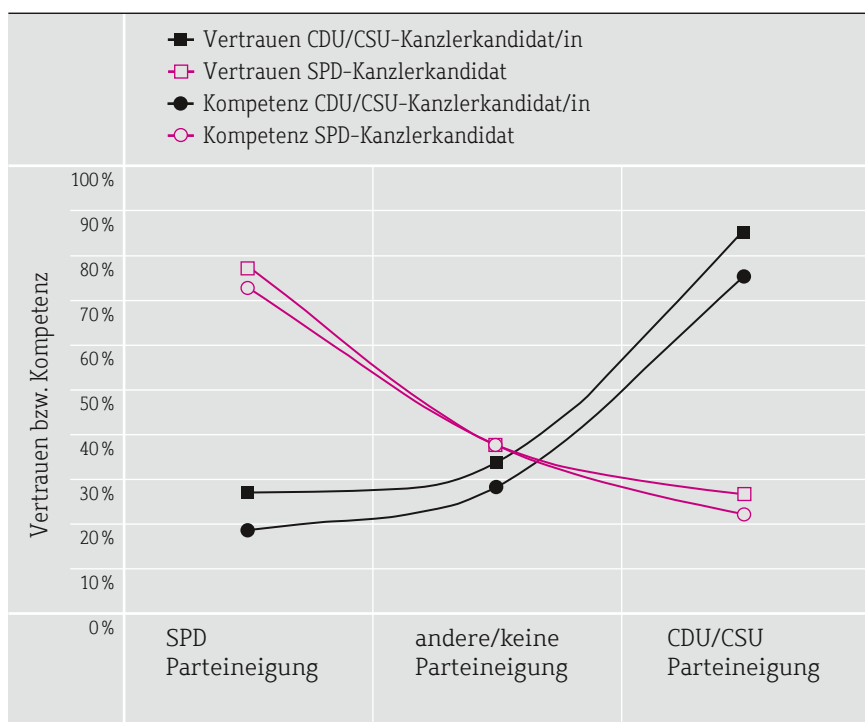
Die skizzierten theoretischen Annahmen lassen sich mit Hilfe von Wahlstudien empirisch überprüfen. Betrachtet man die Bundestagswahlen von 1998 bis 2009, bestätigt sich für die Kanzlerkandidaten von Union und SPD zunächst der starke Einfluss der Parteibindung. Je nach Parteineigung beurteilen die Wähler die Lösungskompetenz der Kanzlerkandidaten hinsichtlich wichtiger politischer Probleme unterschiedlich: Von denjenigen, die der CDU/CSU zuneigen, sprachen im Durchschnitt drei Viertel den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten eine Lösungskompetenz zu, die Anhänger der SPD zu etwa drei Vierteln den SPD-Kanzlerkandidaten. Dagegen hielten im Durchschnitt nur 22 Prozent der CDU/CSU-Anhänger die SPD-Kanzlerkandidaten für kompetent, von den SPD-Anhängern wiederum nur 18 Prozent die CDU/CSU-Kanzlerkandidaten. Mit dem politischen Vertrauen verhält es sich ebenso: Anhänger von Union und SPD vertrauten bei den untersuchten Bundestagswahlen seit 1998 mehrheitlich ihren Kandidaten und nur selten den Kandidaten der anderen Partei. Kompetenz wird also im jeweils anderen Langer eher weniger vermutet und ebenso wenig Vertrauen geschenkt.

Dieses Muster ist durchgängig zu beobachten, allerdings variiert das Niveau von Kompetenzzuschreibung und Vertrauen für die verschiedenen Bundestagswahlen. Spitzenwerte in der Kompetenz erzielten unter den eigenen Anhängern SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder 1998 mit 80 Prozent und Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber 2002 mit 83 Prozent. Den niedrigsten Wert erreichte Helmut Kohl als CDU/CSU-Spitzenkandidat 1998 mit 61 Prozent und SPD-Kandidat Frank-Walter Steinmeier 2009 mit 67 Prozent.



[Foto: David Ausserhofer]

Bernhard Weßels ist Senior Researcher der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ und Privatdozent am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Er hat am WZB die Federführung für die von der DFG geförderte Deutsche Wahlstudie 2009-2017. wessels@wzb.eu



Zuweisung von Vertrauen und Kompetenz je nach Parteineigung
Mittelwerte der Bundestagswahlen 1998-2009; ohne 2005

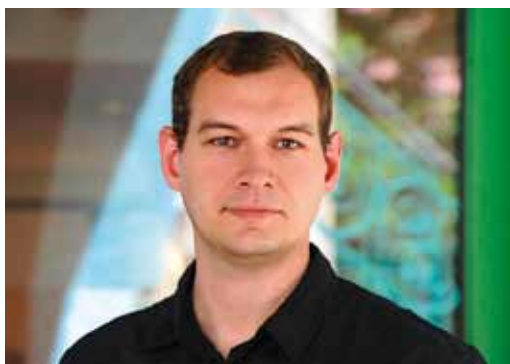
Bei der Frage nach dem Vertrauen erzielte unter den SPD-Anhängern erneut Gerhard Schröder im Jahr 2002 mit 82 Prozent einen Spitzenwert. Angela Merkel brachte es unter den Anhängern der Union bei der Wahl 2009 sogar auf 90 Prozent. Die niedrigsten Vertrauenswerte unter den eigenen Anhängern wiesen Edmund Stoiber bei der Wahl 2002 mit einem Anteil von 79 Prozent und Gerhard Schröder 1998 mit 69 Prozent auf.

Sieht man einmal von der Parteineigung ab: Wie hoch ist das generelle Vertrauen der Wähler in die Kanzlerkandidaten, und hat es sich seit 1998 verändert? Hinsichtlich der Anteile der Wähler, die mindestens einem der Kanzlerkandidaten Kompetenz zusprechen, zeigen sich durchaus Unterschiede. Kompetenz vermuteten bei den untersuchten Bundestagswahlen zwischen 56 und 73 Prozent. Beim Vertrauen gibt es deutlich weniger Variation. Der niedrigste Wert lag bei



[Foto: David Ausserhofer]

Heiko Giebler ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung und arbeitet an der Deutschen Wahlstudie 2009–2017.
giebler@wzb.eu



[Foto: David Ausserhofer]

Aiko Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung und forscht ebenfalls für die Deutsche Wahlstudie.
awagner@wzb.eu

68 Prozent, der höchste bei 73 Prozent. Es sind also stabil mehr als zwei Drittel der Bürger, die Vertrauen in mindestens einen Spitzenkandidaten setzen.

Entscheidend ist nun, dass die Kompetenz- und Vertrauenswerte des Spitzenkandidaten unmittelbaren Einfluss auf das Wahlergebnis der Partei haben. Unter denjenigen, die dem jeweiligen Kanzlerkandidaten vertrauen, stimmte bei den Wahlen 1998 bis 2009 deutlich mehr als die absolute Mehrheit auch für die entsprechende Partei. Das Gleiche gilt für diejenigen, die dem jeweiligen Kanzlerkandidaten die Kompetenz zusprechen, wichtige Probleme auch lösen zu können. Lediglich bei der SPD 1998 und bei der Union 2002 stimmten jeweils weniger als 50 Prozent der Vertrauenden für die jeweilige Partei.

Diese Zahlen allein sagen aber wenig darüber aus, wie stark die Wahrnehmung von Kompetenz und das Vertrauen in den Kanzlerkandidaten das Wahlergebnis beeinflussen. Mit Hilfe von statistischen Analysen lässt sich der Stimmenanteil berechnen, der auf verschiedene Faktoren, in diesem Fall auf Vertrauen und Kompetenz, zurückzuführen ist. Trotz der viel diskutierten Auflösung der Parteienmilieus bestätigt sich, dass die Parteineigung das Wahlergebnis am stärksten beeinflusst und sich dies in den letzten Jahrzehnten kaum verändert hat. Das verwundert nicht, signalisiert sie doch die langfristige Bindung an eine Partei, die durch Tradierung, Erfahrung und generalisierte Urteilsbildung geprägt ist. Der Effekt der Parteineigung lag für die vier untersuchten Bundestagswahlen bei der CDU/CSU bei 67 Prozent. Das heißt: Die Wahrscheinlichkeit, für die Unionsparteien zu stimmen, steigt um 67 Prozentpunkte, wenn eine Person allgemein der CDU oder CSU zugeneigt ist. Bei der SPD lag dieser Wert bei 60 Prozent. Die Effekte von Vertrauen und Kompetenz fallen deutlich geringer aus, sind aber dennoch nicht zu vernachlässigen. Sie können gerade bei einem knappen Wahlausgang über Regierungsbeteiligung oder Oppositionsrolle entscheiden. Nach unseren Berechnungen führte das Vertrauen in die Kanzlerkandidaten im Durchschnitt der vier Wahlen seit 1998 zu plus neun Prozent Stimmenanteil bei der CDU/CSU, bei der SPD sogar zu elf Prozent mehr. Mit einem Plus von zwölf Prozent für beide Parteien fiel der Kompetenz-Effekt sogar noch etwas höher aus.

Kompetenz und Vertrauen sind eng miteinander verbunden. Sie führen in gleichem Maße zur Zustimmung zu und Legitimität von Politikern. Beide Aspekte werden von den Bürgern durch eine partiische Brille gesehen. Das entspricht dem Prinzip der Parteiendemokratie, die davon lebt, dass den Parteien als den großen kollektiven Akteuren durch Wahlen das Mandat gegeben wird, zu regieren oder in die Oppositionsrolle zu schlüpfen. Was die Kanzlerkandidaten seit den Bundestagswahlen 1998 betrifft, hat weder das Vertrauen in sie noch die ihnen zugeschriebene Kompetenz abgenommen. Eine vorschnell generalisierende Aussage zum Vertrauensverlust in Politik und Politiker ist also nicht angebracht.

Literatur

Wagner, Aiko/Weßels, Bernhard: „Kanzlerkandidaten – Wie beeinflussen sie die Wahlentscheidung?“ In: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, 2011, S. 345–370.*

Rattinger, Hans/Robteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard et al.: *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009. Wahlen in Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2011.*